

Zur Situation der Erwerbslosen in Sachsen

Die Politiker sprechen gern vom Sozialstaat und von Demokratie. In der Marktwirtschaft wirkt aber nur Betrug und Raub. Skrupellose private Aneignung auf der einen Seite und massenhafte Deprivation auf der anderen Seite der Gesellschaft.

Das OECD Berlin Centre veröffentlichte im Jahre 2008 einen Bericht "Mehr Ungleichheit trotz Wachstum?",
<http://www.oecd.org/dataoecd/47/24/41477403.pdf>
<http://www.oecd.org/dataoecd/45/26/41525363.pdf>
und nach Jahren aber keine Wende, aber wen wundert es?

Entrechtung und Diskriminierung von Hartz-IV-Opfern sind in Deutschland Klassenauftrag und so engagiert sich recht intensiv auch die Leitung der Jobcenter in Zwickau und Umgebung.

Den Hartz-IV-Opfern steht in Glauchau-Zwickau mit verschiedenen Initiativen und großer Einsatzbereitschaft nicht zuletzt der Verein Gegenwind e. V. (<http://www.ali-gegenwind.de>) zur Seite, der auch mit anderen sozial orientierten Bewegungen aktiv zusammenarbeitet. Die Mitglieder des Vereins helfen mit Rat und Tat Betroffene aus der Region und aus dem Bundesgebiet, beantworten auf der Homepage Fragen zu Hartz IV, begleiten Hartz-IV-Opfer auf Wunsch mit Beiständen zu ihren „Gesprächen“ beim Jobcenter Zwickau Stadt. Denn § 13 SGB X (4) ermöglicht Betroffenen, sich von Beiständen begleiten zu lassen.

Insbesondere die engagierten Beistandschaften des Vereins Gegenwind sind der Geschäftsführung der vier Jobcenter in Zwickau und im Zwickauer Land offensichtlich ein Dorn im Auge und sehr zuwider.

Der Vorfall vom 14.07.2011 veranschaulichte dies augenfällig. Da wurde einem Hartz-IV-Betroffenen im Jobcenter das gesetzliche Recht zur Einbeziehung eines persönlichen Beistandes durch einen beauftragten überflüssigen Mitarbeiter einer Sicherheitsfirma verweigert – im September 2011 erfolgte ein einjähriges Hausverbot gegen den Beistand und dieses wird bis heute aufrechterhalten. Näheres hierzu unter <http://www.ali-gegenwind.de/argen-zwickauer-land/beistandsverhinderung-jc-zwickau/> Diese empörende Begebenheit wurde amtlicherseits bis heute nicht abschließend aufgearbeitet! Die Motivation der Mächtigen war wohl auch hier, bestrafe einen und entmündige den Rest.

Das darf nicht widerspruchslos hingenommen werden. Vielmehr muss es verstanden werden als ein Versuch unter vielen anderen, ständig Hartz-IV-Opfer (und ganz allgemein Erwerbslose überhaupt) zu bekämpfen, anstatt die Ursachen der Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Solchen Strategien der Herrschenden muss bei einem jeden Anlass solidarisch entgegengetreten werden. Denn im Erfolgsfall werden Einzelvorgänge Schule machen und breite Nachahmung erfahren – noch stärkere Ausgrenzung und weiterer Sozialraub werden folgen.

Insbesondere ist Unrecht geschehen. Verletztes Recht muss geheilt und wieder hergestellt werden! Und wenn dies die Urheber und Verantwortlichen nicht pflichtgemäß aus eigenem Antrieb tun, dann hilft nur aktive Solidarität gegen das Hausverbot und die Hausverbote! Die KEAS, BAG-Plesa und andere haben aktiv Proteste gegen Hausverbote organisiert.
<http://www.die-keas.org/jc-kalk>
http://www.bag-plesa.de/ord/_soli/2011-09-apianski/apianski-aktuell.html

Davon unabhängig wird hier – illegal, aber durchaus schöpferisch - ein weiteres Mittel im Kampf gegen Hartz-IV-Opfer entwickelt. Und das trifft direkt oder indirekt abermals alle Opfer des Profitregimes: Denn mit Hartz-IV-Zwängen und - Rechtseinschränkungen wird Druck erzeugt zunächst auf Hartz-IV-Opfer, sodann auf Erwerbslose – die geängstigt werden vor einem Absturz in Hartz IV mit endlosen Schikanen, diese mittellosen Menschen werden als Druckmittel gegen lohnabhängig Erwerbstätige missbraucht und gefügig gemacht, die noch Arbeitenden werden gegen die Rentner ausgespielt. Alles ist auf Angst aufgebaut. Dagegen hilft Zuversicht in Solidarität! Denn: Die alle haben den Schaden zu tragen, zu Gunsten einer Minderheit von Profiteuren!

Daher erklärt sich das ABSP und weitere Organisationen solidarisch mit Andreas Pianski von Gegenwind e. V. und unterstützt nachhaltig die Proteste gegen das Hausverbot des Geschäftsführers Mario Müller vom 15.9.2011.
(http://www.bag-plesa.de/ord/_soli/2011-09-apianski/Hausverbot_2011-09-15.pdf)

Die Proteste müssen eskalieren, damit jeder Geschäftsführer eines JobCenters zu spüren bekommt, was es heißt per Verwaltungsakt geltendes Unrecht durch ein Hausverbot praktizieren zu wollen.

Wir fordern auf, sich dem anzuschließen!

Gegen die Hausverbotspraxis in Zwickau!!

Weg mit dem Hausverbot gegen den Beistand Andreas Pianski ausgesprochen durch den Geschäftsführer des Jobcenters Zwickau

Andreas Pianski begleitete gemeinsam mit anderen Kollegen einen Betroffenen am [14. Juli 2011](#) gemäß §13 (4) SGB X. Ohne mündliche bzw. schriftliche Zurückweisung als Beistand seitens des Jobcenters wurde ihm der Zutritt plötzlich durch einen Wachmann verwehrt. Da der Betroffene zur Klärung eines klaren Sachverhaltes auf seinen Beistand ausdrücklich bestand und der Beistand physisch behindert wurde, kam es zu einer durch das Jobcenter provozierten Auseinandersetzung. Da eine Zurückweisung des Beistandes gemäß §13 (6 und 7) SGB X nicht erfolgt war, aber die Behinderung der Beistandschaft so skandalös offensichtlich war, baten die Beistände gemeinsam mit dem Betroffenen um Hilfe seitens der Polizei. Der Geschäftsführer des Jobcenters „bot“ dem Betroffenen dann plötzlich an, eine zeitnahe Klärung nur unter der Bedingung zu ermöglichen, wenn der Betroffene auf seinen Beistand Andreas Pianski verzichtet (ansonsten hätte er auf dem langen Klagewege die geforderte Leistung in Höhe von weit über 100 € nur erkämpfen können). Da aber eine zeitnahe Lösung existenziell für den Betroffenen wichtig war, verzichtete Andreas Pianski im Interesse des Betroffenen an dieser Stelle auf die rechtmäßige Beistandschaft, der Betroffene erhielt sofort eine Barauszahlung in Höhe von 50 € und zwei Werktage später seinen Bescheid in der erwarteten Höhe.

Skandalös ist nicht nur, dass das Ermittlungsverfahren wegen [Nötigung](#) gegen die Geschäftsführung durch die Staatsanwaltschaft eingestellt wurde, sondern vor allem, dass gegen Andreas Pianski ein politisch motiviertes einjähriges [Hausverbot](#) im Nachhinein am 15. September 2011 ausgesprochen wurde. Dieses Hausverbot muss exemplarisch zurückgenommen werden. Es darf keine Schule machen, dass in öffentlichen Gebäuden geltendes Recht willkürlich gebrochen wird und Betroffene und ihre Beistände kriminalisiert werden.

**Beteiligt Euch alle auch an den geplanten Zahltagen und erhebt dort Euren Protest
2.04., 02.05., 04.06., 02.07., 01.08., 03.09., 01.10., 01.11. und am 03.12.**

Wendet Euch mit Euren Protesten an den Geschäftsführer Herrn Mario Müller

**Jobcenter Zwickau
Geschäftsführung
z. H. Herrn Mario Müller
Werdauer Str. 62 Haus 5**

08056 Zwickau

per Email:

Jobcenter-Zwickau@jobcenter-ge.de

per Fax:

0375 – 60 60 110

oder verlangt persönlich Herrn Mario Müller am Telefon:

0375 – 60 60 0

Keine Behinderung der Beistände gemäß § 13 (4) SGB X!

**Keine Erpressung und Nötigung von Hartz IV- Betroffenen zur
Durchsetzung von Sozialraub als Sparmaßnahme!**

Schluss mit der Kriminalisierung von Opfern der Sparpolitik!

Erstunterzeichner:

BAG PLESA, Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP),